

No. 36657

**Germany
and
Dominican Republic**

Air Transport Agreement between the Federal Republic of Germany and the Dominican Republic. Santo Domingo, 23 July 1992

Entry into force: *29 March 2000, in accordance with article 19*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 6 June 2000*

**Allemagne
et
République dominicaine**

Accord relatif au transport aérien entre la République fédérale d'Allemagne et la République dominicaine. Saint-Domingue, 23 juillet 1992

Entrée en vigueur : *29 mars 2000, conformément à l'article 19*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 6 juin 2000*

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Dominikanischen Republik
über den Luftverkehr**

Inhaltsübersicht

Präambel	
Artikel 1	Begriffsbestimmungen
Artikel 2	Gewährung von Verkehrsrechten
Artikel 3	Bezeichnung und Betriebsgenehmigung
Artikel 4	Widerruf oder Einschränkung der Betriebsgenehmigung
Artikel 5	Gleichbehandlung bei der Gebührenhöhe
Artikel 6	Befreiung von Zöllen und sonstigen Abgaben
Artikel 7	Verkauf, Überweisung von Überschüssen
Artikel 8	Grundsätze für den Betrieb des vereinbarten Linienverkehrs
Artikel 9	Übermittlung von Betriebsangaben und Statistiken
Artikel 10	Genehmigung der Tarife
Artikel 11	Gewerbliche Tätigkeiten
Artikel 12	Luftsicherheit
Artikel 13	Einreise und Kontrolle der Reisedokumente
Artikel 14	Meinungsaustausch
Artikel 15	Konsultationen
Artikel 16	Beilegung von Streitigkeiten
Artikel 17	Mehrseltige Übereinkommen
Artikel 18	Registrierung bei der ICAO
Artikel 19	Ratifikation, Inkrafttreten, Geltungsdauer, Kündigung

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Dominikanische Republik –

Vertragsparteien des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über
die Internationale Zivilluftfahrt,

in dem Wunsch, ein Abkommen zur Einrichtung und zum Be-
trieb des Fluglinienverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten und
darüber hinaus zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus
dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

- a) „Luftfahrtbehörde“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutsch-
land der Bundesminister für Verkehr, in bezug auf die Domini-
kanische Republik der Zivile Luftfahrt oder in beiden Fällen
jede andere Person oder Stelle, die zur Wahrnehmung der
diesen Behörden obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;
- b) „bezeichnetes Unternehmen“ ein Luftfahrtunternehmen, das
eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei nach Artikel 3
schriftlich als ein Unternehmen bezeichnet hat, das auf den
nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien internationalen
Fluglinienverkehr betreiben soll.

(2) Die Begriffe „Hoheitsgebiet“, „Fluglinienverkehr“, „Internatio-
naler Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nicht gewerblichen
Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in
den Artikeln 2 und 9B des Abkommens über die Internationale
Zivilluftfahrt in der jeweiligen gültigen Fassung festgelegte Be-
deutung.

(3) Der Begriff „Tarif“ bedeutet den Preis, der für die Internatio-
nale Beförderung (d. h. die Beförderung zwischen Punkten in den
Hoheitsgebieten von zwei oder mehr Staaten) von Fluggästen,
Gepäck oder Fracht (ausgenommen Post) zu berechnen ist, und
schließt folgendes ein:

- a) jeden Durchgangstarif oder Betrag, der für eine internationale
Beförderung zu berechnen ist, die als solche vermarktet und
verkauft wird, einschließlich derjenigen Durchgangstarife, die
unter Verwendung von anderen Tarifen oder von Anschlußta-
riften für eine Beförderung auf internationalen Streckenab-
schnitten oder auf inländischen Streckenabschnitten, die Teil
des internationalen Streckenabschnitts sind, gebildet wer-
den;
- b) die Provision, die für den Verkauf von Flugscheinen für die
Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck oder für die
entsprechenden Maßnahmen bei der Beförderung von Fracht
zu zahlen ist;
- c) die Bedingungen, nach denen sich die Anwendbarkeit des
Tarifs oder des Beförderungspreises oder die Provisionszah-
lung richtet.

Er umfaßt auch

- d) alle wesentlichen Leistungen, die in Verbindung mit der Beför-
derung erbracht werden;
- e) jeden Tarif für die als Zusatz zu einer internationalen Beförde-
rung verkaufte Beförderung auf einem inländischen
Streckenabschnitt, der für rein inländische Flüge nicht verfüg-
bar ist und der nicht allen Beförderern im internationalen

Verkehr und deren Kunden zu gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden kann.

Artikel 2

Gewährung von Verkehrsrechten

(1) Eine Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs durch die bezeichneten Unternehmen auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien

- a) das Recht, ihr Hoheitsgebiet ohne Landung zu überfliegen;
- b) das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet zu nicht gewerblichen Zwecken zu landen;
- c) das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet an den genannten Punkten auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien zu landen, um Fluggäste, Post und Fracht gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

(2) Die Linien, auf denen die bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien internationalen Fluglinienverkehr betreiben können, werden in einem Fluglinienplan durch Notenwechsel zwischen den Regierungen der Vertragsparteien festgelegt.

Artikel 3

Bezeichnung und Betriebsgenehmigung

(1) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

- a) die Vertragspartei, die die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechte gewährt werden, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat und
- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, erteilt vorbehaltlich des Absatzes 3 dieses Artikels und des Artikels 9 unverzüglich die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs.

(3) Eine Vertragspartei kann von jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften der erstgenannten Vertragspartei für den Betrieb des internationalen Luftverkehrs vorgeschrieben sind.

(4) Eine Vertragspartei kann durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei nach Maßgabe der Absätze 1 bis 3 ein von ihr bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes Unternehmen ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 4

Widerruf oder Einschränkung der Betriebsgenehmigung

Eine Vertragspartei kann die nach Artikel 3 Absatz 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder durch Auflagen einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze oder sonstigen Vorschriften der die Rechte gewährenden Vertragspartei oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht einhält oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Von diesem Recht macht eine Vertragspartei nur nach Konsultationen gemäß Artikel 15 Gebrauch, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebs oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

Artikel 5

Gleichbehandlung bei der Gebührenhöhe

Die Gebühren, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge der bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren, die für Luftfahrzeuge eines inländischen Unternehmens in ähnlichem internationalen Fluglinienverkehr erhoben werden.

Artikel 6

Befreiung von Zöllen und sonstigen Abgaben

(1) Die von dem oder den bezeichneten Unternehmen der einen Vertragspartei verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einfliegen und aus ihm wieder ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, üblichen Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben. Das gilt auch für an Bord der Luftfahrzeuge befindliche Waren, die auf dem Flug über dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verbraucht werden.

(2) Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, übliche Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, die in das Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei vorübergehend eingeführt werden, um dort unmittelbar oder nach Lagerung in die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei eingebaut oder sonst an Bord genommen zu werden oder aus dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei auf andere Weise wieder ausgeführt zu werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben. Werbematerial und Beförderungsdokumente der bezeichneten Unternehmen der einen Vertragspartei bleiben bei der Einfuhr in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ebenfalls von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben frei.

(3) Treibstoffe und Schmieröle, die im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Bord der Luftfahrzeuge der bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei genommen und im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben und von etwaigen besonderen Verbrauchsabgaben.

(4) Eine Vertragspartei kann die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren unter Zollüberwachung halten.

(5) Soweit für die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren Zölle und sonstige Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen diese Waren nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

Artikel 7

Verkauf, Überweisung von Überschüssen

(1) Jede Vertragspartei gewährt dem oder den bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei in billiger und gleicher Weise das Recht, Beförderungsdienste im Luftverkehr auf eigenen Beförderungsdokumenten frei und ohne Beschränkung in der Landeswährung zu verkaufen.

(2) Jede Vertragspartei gewährt dem oder den bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, die durch den Verkauf von Beförderungsdiensten im Luftverkehr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erzielten Überschüsse jederzeit, auf jedem Wege, frei und ohne Beschränkung in jeder frei konvertierbaren Währung zum amtlichen oder zum anwendbaren Wechselkurs an seine Hauptniederlassung zu überweisen.

Artikel 8
Grundsätze für den Betrieb
des vereinbarten Linienverkehrs

(1) Dem oder den bezeichneten Unternehmen jeder Vertragspartei wird in billiger und gleicher Weise Gelegenheit gegeben, den Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien zu betreiben.

(2) Beim Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien nimmt ein bezeichnetes Unternehmen einer Vertragspartei auf die Interessen eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Rücksicht, damit der von diesem Unternehmen auf den gleichen Linien oder Teilen derselben betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien dient vor allem dazu, ein Beförderungsangebot bereitzustellen, das der voraussehbaren Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei entspricht, die das Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht dieses Unternehmens, Beförderungen zwischen den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelegenen Punkten einer nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linie und Punkten in dritten Staaten auszuführen, wird im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so ausgeübt, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

- a) an die Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, die das Unternehmen bezeichnet hat,
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung des örtlichen und regionalen Fluglinienverkehrs,
- c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebs der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

(4) Um eine billige und gleiche Behandlung der bezeichneten Unternehmen zu gewährleisten, bedürfen die Frequenz der Flugdienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster hinsichtlich ihrer Kapazität sowie die Flugpläne der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien.

(5) Erforderlichenfalls sollen sich die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien bemühen, eine zufriedenstellende Regelung des Beförderungsangebots und der Frequenzen zu erreichen.

Artikel 9
Übermittlung von Betriebsangaben
und Statistiken

(1) Die bezeichneten Unternehmen teilen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens einen Monat vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien die Art der Dienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster und die Flugpläne mit. Dies gilt auch für spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde der einen Vertragspartei stellt der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen der bezeichneten Unternehmen zur Verfügung, die vernünftigerweise angefordert werden können, um das von einem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linie bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Daten müssen alle Angaben enthalten, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 10
Genehmigung der Tarife

(1) Die Tarife und die entsprechenden Agenturprovisionen, die auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien für Fluggäste

und Fracht angewendet werden, bedürfen der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien. Die Tarife sollen die Betriebskosten, einen angemessenen Gewinn, die bestehenden Wettbewerbs- und Marktbedingungen sowie die Interessen der Nutzer berücksichtigen.

(2) Die Tarife werden den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens einen Monat vor ihrer in Aussicht genommenen Anwendung zur Genehmigung vorgelegt. Dieser Zeitraum kann in besonderen Fällen verkürzt werden, wenn die Luftfahrtbehörden zustimmen.

(3) Erklärt sich eine Vertragspartei mit den ihr nach Absatz 2 zur Genehmigung vorgelegten Tarifen nicht einverstanden, so setzen die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsparteien diese Tarife im Einvernehmen unter Anwendung der Artikel 14 und 15 fest.

(4) Wird ein Einvernehmen nach Absatz 3 nicht erzielt, so kann die Vertragspartei, die sich mit einem bestimmten Tarif nicht einverstanden erklärt hat, von der anderen Vertragspartei die Aufrechterhaltung des vorher in Kraft befindlichen Tarifs verlangen.

Artikel 11

Gewerbliche Tätigkeiten

(1) Jede Vertragspartei gewährt dem oder den bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet Niederlassungen sowie Verwaltungs-, kaufmännisches und technisches Personal zu unterhalten, soweit sie von dem bezeichneten Unternehmen benötigt werden.

(2) Jede Vertragspartei gewährt dem oder den bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Recht, die Abfertigung von Fluggästen, Gepäck und Fracht für sich und andere Unternehmen der anderen Vertragspartei durchzuführen. Dieses Recht schließt die luftseitigen Bodenverkehrsdienste nicht ein.

(3) Bei der Einrichtung der Niederlassungen und der Beschäftigung des Personals nach Absatz 1 sind die Gesetze und sonstigen Vorschriften der betreffenden Vertragspartei, wie die Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Einreise von Ausländern und ihren Aufenthalt im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei einzuhalten. Dem in den Niederlassungen nach Absatz 1 beschäftigten Personal wird auf Antrag unverzüglich eine Arbeitserlaubnis erteilt.

Artikel 12

Lufticherheit

(1) In Übereinstimmung mit ihren völkerrechtlichen Rechten und Pflichten bekräftigen die Vertragsparteien, daß ihre gegenseitige Verpflichtung, die Sicherheit der Zivilluftfahrt vor widerrechtlichen Eingriffen zu schützen, fester Bestandteil dieses Abkommens ist. Ohne den allgemeinen Charakter ihrer völkerrechtlichen Rechte und Pflichten einzuschränken, handeln die Vertragsparteien insbesondere im Einklang mit dem am 14. September 1963 in Tokyo unterzeichneten Abkommen über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen, dem am 16. Dezember 1970 in Den Haag unterzeichneten Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen und dem am 23. September 1971 in Montreal unterzeichneten Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt.

(2) Die Vertragsparteien gewähren einander auf Ersuchen jede erforderliche Unterstützung, um die widerrechtliche Inbesitznahme ziviler Luftfahrzeuge und andere widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit solcher Luftfahrzeuge, ihrer Fluggäste und Besatzung, von Flughäfen und Flugnavigationseinrichtungen sowie jede sonstige Bedrohung der Sicherheit der Zivilluftfahrt zu verhindern.

(3) Die Vertragsparteien handeln in ihren gegenseitigen Beziehungen im Einklang mit den Luftsicherheitsvorschriften, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) festgelegt und zu Anhängen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt bestimmt wurden, soweit diese Sicherheitsvorschriften auf die Vertragsparteien anwendbar sind; sie verlangen, daß die Halter von in ihr Register eingetragenen Luftfahrzeugen und die Luftfahrzeughalter, die ihren Hauptgeschäftssitz oder ihren ständigen Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet haben, sowie die Betreiber von Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet im Einklang mit diesen Luftsicherheitsvorschriften handeln.

(4) Jede Vertragspartei erklärt sich einverstanden, die Sicherheitsvorschriften der anderen Vertragspartei für den Einflug in deren Hoheitsgebiet einzuhalten und angemessene Maßnahmen vor Schutz von Luftfahrzeugen und zur Kontrolle von Fluggästen, Besatzung und Handgepäck sowie Fracht und Bordvorräten vor und beim Einsteigen oder Beladen zu ergreifen. Jede Vertragspartei wird außerdem jedes Ersuchen der anderen Vertragspartei um besondere Sicherheitsmaßnahmen zur Abwendung einer bestimmten Bedrohung wohlwollend prüfen.

(5) Werden eine widerrechtliche Inbesitznahme eines Luftfahrzeugs oder sonstige widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit von Fluggästen, Besatzung, Luftfahrzeug, Flughäfen und Flugnavigationseinrichtungen begangen oder angedroht, so unterstützen die Vertragsparteien einander durch Erleichterung des Fernmeldeverkehrs und sonstige geeignete Maßnahmen zur raschen und sicheren Beendigung eines solchen Vorfalls oder einer solchen Bedrohung.

(6) Weicht eine Vertragspartei von den Luftsicherheitsvorschriften dieses Artikels ab, so kann die Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei um sofortige Konsultationen mit der Luftfahrtbehörde der erstgenannten Vertragspartei ersuchen. Kommt innerhalb eines Monats nach dem Datum dieses Ersuchens eine zufriedenstellende Einigung nicht zustande, so ist dies ein Grund, die Betriebsgenehmigung eines oder mehrerer Luftfahrtunternehmen der erstgenannten Vertragspartei vorzuenthalten, zu widerrufen, einzuschränken oder mit Auflagen zu versehen. Wenn eine Notlage dies erfordert, kann eine Vertragspartei vor Ablauf dieses Monats vorläufige Maßnahmen treffen.

Artikel 13

Einreise und Kontrolle der Reisedokumente

(1) Auf Ersuchen einer Vertragspartei gestattet die andere Vertragspartei den Unternehmen, die in beiden Staaten Luftverkehrsrechte ausüben, die Durchführung von zusätzlichen Maßnahmen, die gewährleisten sollen, daß nur Fluggäste mit den für die Einreise in oder die Durchreise durch den ersuchenden Staat erforderlichen Reisedokumenten befördert werden. Die von den Luftfahrtunternehmen angewendeten Maßnahmen müssen zuvor von den Luftfahrtbehörden derjenigen Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet diese zusätzlichen Maßnahmen durchgeführt werden sollen, genehmigt werden, soweit sie es für notwendig hält.

(2) Jede Vertragspartei nimmt eine Person, die an ihrem Zielort zurückgewiesen wurde, nachdem dort festgestellt worden war, daß sie nicht einreiseberechtigt war, zum Zweck der Überprüfung auf, wenn sich diese Person vor ihrer Abreise nicht nur im unmittelbaren Transit im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei aufgehalten hat. Die Vertragsparteien weisen eine solche Person nicht in das Land zurück, in dem zuvor festgestellt worden ist, daß sie nicht einreiseberechtigt ist.

(3) Diese Bestimmung hindert die Behörden nicht daran, eine zurückgewiesene, nicht einreiseberechtigte Person einer weiteren Überprüfung zu unterziehen, um festzustellen, ob sie möglicherweise in dem Staat aufgenommen werden kann, oder um Vorkehrungen für ihre Weiterbeförderung, Entfernung oder Abschiebung in einen Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem

sie aus anderen Gründen Aufnahme finden kann, zu treffen. Hat eine Person, von der festgestellt worden ist, daß sie nicht einreiseberechtigt ist, ihre Reisedokumente verloren oder zerstört, so erkennt eine Vertragspartei statt dessen ein von den Behörden der Vertragspartei, bei der festgestellt wurde, daß die Person nicht einreiseberechtigt ist, ausgestelltes Dokument an, das die Umstände von Abflug und Ankunft bestätigt.

Artikel 14

Meinungsaustausch

Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

Artikel 15

Konsultationen

Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans oder von Auslegungstragen kann eine Vertragspartei jederzeit Konsultationen beantragen. Das gilt auch für Erörterungen über die Anwendung dieses Abkommens, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Artikel 14 kein zufriedenstellendes Ergebnis erbracht hat. Die Konsultationen beginnen innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags bei der anderen Vertragspartei.

Artikel 16

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens nicht nach Artikel 15 beigelegt werden kann, wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden einigen, der von den Regierungen der Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident, der ihn vertritt, die Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 17

Mehrseltige Übereinkommen

Tritt ein auch von beiden Vertragsparteien angenommenes mehrseitiges Luftverkehrsübereinkommen in Kraft, so gehen des-

sen Bestimmungen vor. Erörterungen zur Feststellung, inwieweit dieses mehrseitige Übereinkommen dieses bilaterale Abkommen beendet, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 15 statt.

Artikel 18

Registrierung bei der ICAO

Dieses Abkommen, jede Änderung desselben und jeder Notenwechsel nach Artikel 2 Absatz 2 werden der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) zur Registrierung übermittelt.

Artikel 19

**Ratifikation, Inkrafttreten,
Geltungsdauer, Kündigung**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Santo Domingo ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann das Abkommen jederzeit schriftlich kündigen. Das Abkommen tritt ein Jahr nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Geschehen zu Santo Domingo am 23. Juli 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Laub

Für die Dominikanische Republik
Por la República Dominicana
Fabio Herrera Cabral

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

**Convenio
entre la República Federal de Alemania
y la República Dominicana
sobre Transporte Aéreo**

Índice

Preámbulo	
Artículo 1	Definición de los términos
Artículo 2	Concesión de derechos de transporte
Artículo 3	Designación y autorización de servicio
Artículo 4	Revocación o limitación de la autorización de servicio
Artículo 5	Igualdad de trato en el monto de las cargas
Artículo 6	Exención de derechos de aduana u otros gravámenes
Artículo 7	Venta, transferencia de superávit
Artículo 8	Principios básicos para el servicio aéreo en las rutas fijadas
Artículo 9	Transmisión de datos de las empresas aéreas y de estadísticas
Artículo 10	Autorización de tarifas
Artículo 11	Actividades comerciales
Artículo 12	Seguridad aérea
Artículo 13	Entrada y control de los documentos de viaje
Artículo 14	Intercambio de opiniones
Artículo 15	Consultas
Artículo 16	Solución de litigios
Artículo 17	Convenios multilaterales
Artículo 18	Registro en la OACI
Artículo 19	Ratificación, entrada en vigor, vigencia, denuncia.

La República Federal de Alemania

y

la República Dominicana,

siendo Partes Contratantes del Convenio de Aviación Civil Internacional del 7 de diciembre de 1944,

deseando concluir un convenio sobre el establecimiento y funcionamiento de los servicios aéreos entre sus respectivos territorios y fuera de ellos,

han convenido lo siguiente:

Artículo 1

Definición de los términos

(1) Para los fines del presente Convenio, a menos que en el texto se estipule de otro modo,

- a) el término "autoridades aeronáuticas" significa en el caso de la República Federal de Alemania, el Ministro Federal de Transportes y en el caso de la República Dominicana, la Junta de Aeronáutica Civil, o en ambos casos cualquier otra persona o entidad autorizada para desempeñar las funciones que ejercen dichas autoridades;
- b) el término "empresa aérea designada" se refiere a una empresa de transporte aéreo que una Parte Contratante haya designado por escrito a la otra Parte Contratante de acuerdo con el Artículo 3 del presente Convenio como la empresa que se dedicará a realizar servicios aéreos internacionales en las rutas especificadas de acuerdo con el párrafo 2 del Artículo 2 del presente Convenio.

(2) Los términos "territorio", "servicio aéreo", "servicio aéreo internacional" y "escala para fines no comerciales" tienen a los efectos del presente Convenio la acepción fijada en los Artículos 2 y 96 del Convenio de Aviación Civil Internacional, conforme a la redacción respectivamente vigente del mismo.

(3) El término "tarifa" significa el precio que se ha de pagar por el transporte internacional (es decir, traslado entre puntos situados en los territorios de dos o más Estados) de pasajeros, equipaje o carga (exceptuado el correo) e incluye lo siguiente:

- a) toda tarifa de tránsito o importe que deba pagarse por un transporte internacional que se comercialice y venda como tal, incluidas aquellas tarifas de tránsito que se formen aplicando otras tarifas o tarifas de conexión para transportes en trayectos internacionales o en trayectos interiores que formen parte de un trayecto internacional;
- b) las comisiones pagaderas por la venta de billetes para el transporte de pasajeros y sus equipajes o las correspondientes a medidas relacionadas con el transporte de carga; y
- c) las condiciones de aplicación de las tarifas, precios de transporte o pago de comisiones.

Incluye asimismo:

- d) todas las prestaciones esenciales que se realicen en conexión con el transporte;
- e) toda tarifa para transportes que se vendan como complemento de un transporte internacional en un trayecto interior que no esté disponible para transportes puramente interiores ni pueda ponerse en igualdad de condiciones a disposición de todas

las empresas aéreas y sus clientes en los servicios aéreos internacionales.

Artículo 2

Concesión de derechos de transporte

(1) Cada Parte Contratante garantizará a la otra Parte Contratante los siguientes derechos a fin de que las empresas aéreas designadas puedan realizar los servicios aéreos internacionales en las rutas especificadas conforme al párrafo 2:

- a) el derecho de sobrevolar su territorio sin aterrizar en el mismo,
- b) el derecho de hacer escalas en su territorio con fines no comerciales,
- c) el derecho de hacer escalas en los puntos de su territorio fijados en las rutas especificadas conforme al párrafo 2, con objeto de embarcar y desembarcar pasajeros, correo y carga con fines comerciales.

(2) Las rutas en las cuales las empresas aéreas designadas de las Partes Contratantes estarán autorizadas para realizar servicios aéreos internacionales serán especificadas en un cuadro de rutas que se acordará por canje de notas entre los gobiernos de las Partes Contratantes.

Artículo 3

Designación y autorización de servicio

(1) Los servicios aéreos internacionales en las rutas especificadas conforme a lo establecido en el párrafo 2 del Artículo 2 podrán empezar a funcionar en cualquier momento, siempre que

- a) la Parte Contratante a la cual se le concedan los derechos especificados en el párrafo 1 del Artículo 2 hubiere designado por escrito una o más empresas aéreas y que
- b) la Parte Contratante que otorgue dichos derechos hubiere autorizado a iniciar los servicios aéreos a la empresa o las empresas aéreas designadas.

(2) A reserva de lo estipulado en el párrafo 3 del presente Artículo y en el Artículo 9, la Parte Contratante que otorgue dichos derechos dará sin demora la autorización mencionada para el funcionamiento del servicio aéreo internacional.

(3) Cada Parte Contratante podrá exigir a cualquier empresa aérea designada por la otra Parte Contratante que presente pruebas de que está en condiciones de satisfacer las exigencias establecidas por las leyes y demás disposiciones de la primera Parte Contratante relativas a la realización del tráfico aéreo internacional.

(4) Cada Parte Contratante podrá sustituir, mediante comunicación por escrito dirigida a la otra Parte Contratante, una empresa aérea designada por otra, aplicándose al efecto las condiciones establecidas en los párrafos 1 a 3 del presente Artículo. La nueva empresa aérea designada gozará de los mismos derechos y tendrá las mismas obligaciones que la empresa aérea a la que sustituya.

Artículo 4

Revocación o limitación de la autorización de servicio

Cada Parte Contratante podrá revocar o limitar fijando condiciones la autorización concedida conforme al párrafo 2 del Artículo 3 en caso de que una empresa aérea designada no cumpla las leyes y demás disposiciones de la Parte Contratante que le hubiere concedido los derechos, o no cumpla las disposiciones estipuladas en el presente Convenio o las obligaciones que de ellas se deriven. Cada Parte Contratante ejercerá este derecho únicamente después de una consulta de acuerdo con lo estipulado en el Artículo 15, a menos que sea necesario proceder a una inmediata suspensión del servicio o fijar de inmediato condiciones con el fin de evitar ulteriores infracciones de las leyes y demás disposiciones.

Artículo 5

Igualdad de trato en el monto de las cargas

Las cargas impuestas en el territorio de cada Parte Contratante por el uso de aeropuertos y otras instalaciones para la navegación aérea por parte de las aeronaves de una empresa aérea designada de la otra Parte Contratante no serán más elevadas que las fijadas para las aeronaves de las empresas aéreas nacionales en los servicios aéreos internacionales de carácter similar.

Artículo 6

Exención de derechos de aduana u otros gravámenes

(1) Las aeronaves utilizadas por la o las empresas aéreas designadas de una Parte Contratante que entren en el territorio de la otra Parte Contratante o salgan del mismo o lo sobrevuelen, así como los carburantes, los lubricantes y las piezas de repuesto que se hallen a bordo y el equipo habitual y las provisiones de bordo, estarán exentos de derechos de aduana y demás gravámenes anejos a la importación, exportación o tránsito de mercancías. Lo anterior se aplicará asimismo a las mercancías a bordo de las aeronaves que se consuman al sobrevolar el territorio de la otra Parte Contratante.

(2) Los carburantes, lubricantes, piezas de repuesto, equipo habitual y provisiones de a bordo que se importen temporalmente al territorio de una Parte Contratante con objeto de instalarlos o introducirlos de cualquier otro modo a bordo de las aeronaves de las empresas aéreas designadas por la otra Parte Contratante, inmediatamente o después de haber sido almacenados, o con objeto de reexportarlos de otra forma desde el territorio de la Parte Contratante mencionada en primer lugar, estarán exentos de los derechos de aduana y demás gravámenes mencionados en el párrafo 1 del presente Artículo. El material publicitario y los documentos de transporte de las empresas aéreas designadas por una Parte Contratante estarán asimismo exentos de los derechos de aduana y demás gravámenes mencionados en el párrafo 1 del presente Artículo al importarse al territorio de la otra Parte Contratante.

(3) Los carburantes y lubricantes que se introduzcan en el territorio de una Parte Contratante a bordo de las aeronaves de las empresas aéreas designadas por la otra Parte Contratante y se utilicen en servicios aéreos internacionales estarán exentos de los derechos de aduana y demás gravámenes mencionados en el párrafo 1 del presente Artículo, así como de eventuales impuestos especiales sobre el consumo.

(4) Cada Parte Contratante podrá someter a vigilancia aduanera los productos mencionados en los párrafos 1 a 3 del presente Artículo.

(5) En la medida en que no se exijan derechos de aduana ni cualesquiera otros gravámenes con respecto a los productos mencionados en los párrafos 1 a 3 del presente Artículo, dichos productos no estarán sujetos a las prohibiciones y restricciones económicas en materia de importación, exportación y tránsito que de lo contrario les serían aplicables.

Artículo 7

Venta, transferencia de superávit

(1) Cada Parte Contratante concederá uniforme y equitativamente a la o las empresas aéreas designadas por la otra Parte Contratante el derecho de vender libremente y sin restricciones, en la moneda nacional, servicios de transporte aéreo utilizando sus propios documentos de transporte.

(2) Cada Parte Contratante garantizará a la o las empresas aéreas designadas por la otra Parte Contratante el derecho de transferir en todo momento y por cualquier medio, libremente y sin restricciones, los superávits obtenidos de la venta de servicios de transporte aéreo en el territorio de la otra Parte Contratante a sus respectivos establecimientos principales en toda moneda libremente convertible conforme al tipo de cambio oficial o aplicable.

Artículo 8

**Principios básicos para
el servicio aéreo en las rutas fijadas**

(1) La o las empresas aéreas designadas por ambas Partes Contratantes gozarán de posibilidades uniformes y equitativas para realizar los servicios aéreos en las rutas fijadas conforme al párrafo 2 del Artículo 2.

(2) En la explotación de los servicios aéreos internacionales en las rutas especificadas conforme al párrafo 2 del Artículo 2, las empresas aéreas designadas por una Parte Contratante tomarán en consideración los intereses de las empresas aéreas designadas por la otra Parte Contratante, a fin de no afectar indebidamente a los servicios aéreos que éstas últimas presten en las mismas rutas o en parte de ellas.

(3) Los servicios aéreos internacionales en cualesquiera de las rutas especificadas conforme al párrafo 2 del Artículo 2 tendrán como objetivo primordial ofrecer una capacidad adecuada para satisfacer la demanda previsible de transporte hacia y desde el territorio de la Parte Contratante que haya designado la empresa aérea. El derecho de dicha empresa aérea de efectuar transportes entre los puntos de una ruta especificada conforme al párrafo 2 del Artículo 2 que se encuentren localizados en el territorio de la otra Parte Contratante y puntos en terceros países será ejercitado en interés de un desenvolvimiento ordenado del tráfico aéreo internacional, de suerte que aquella capacidad se adecue a

- a) la demanda de transporte hacia y desde el territorio de la Parte Contratante que haya designado la empresa aérea,
- b) la demanda de transporte existente en las zonas sobrevoladas, teniendo en cuenta los servicios aéreos locales y regionales,
- c) las exigencias de una explotación rentable de los servicios aéreos en tránsito.

(4) Con objeto de garantizar un trato uniforme y equitativo a las empresas aéreas designadas, las frecuencias de los servicios aéreos, los tipos de aeronaves utilizables a efectos de capacidad y los horarios serán sometidos a la aprobación de las autoridades aeronáuticas de ambas Partes Contratantes.

(5) En caso necesario las autoridades aeronáuticas de las Partes Contratantes procurarán conseguir una regulación satisfactoria de la capacidad de transporte y de las frecuencias.

Artículo 9

**Transmisión de datos
de las empresas aéreas y de estadísticas**

(1) Las empresas aéreas designadas comunicarán a las autoridades aeronáuticas de las Partes Contratantes por lo menos un mes antes de iniciarse los servicios aéreos en las rutas especificadas conforme al párrafo 2 del Artículo 2 el tipo de servicio, los tipos de aeronaves que se vayan a utilizar y los horarios. Se procederá de igual modo en caso de que posteriormente se produzcan modificaciones.

(2) Las autoridades aeronáuticas de cada Parte Contratante proporcionarán a las autoridades aeronáuticas de la otra Parte Contratante, cuando así lo soliciten, todas las publicaciones periódicas u otros datos estadísticos de las empresas aéreas designadas que razonablemente puedan solicitarse a fin de controlar la capacidad ofrecida por cualquier empresa aérea designada de la primera Parte Contratante en las rutas especificadas conforme al párrafo 2 del Artículo 2. Tales informes contendrán todos los datos necesarios para determinar el volumen, procedencia y destino del tráfico.

Artículo 10

Autorización de tarifas

(1) Las tarifas y las respectivas comisiones correspondientes a agencias que se vayan a cobrar por pasajes y fletes en las rutas

especificadas conforme al párrafo 2 del Artículo 2 serán sometidas a la aprobación de las autoridades aeronáuticas de las Partes Contratantes. Al fijarse las tarifas se tendrán en cuenta los costos de explotación, un beneficio adecuado y las condiciones existentes de la competencia y del mercado, así como los intereses de los usuarios.

(2) Las tarifas serán sometidas a la aprobación de las autoridades aeronáuticas de las Partes Contratantes por lo menos un mes antes de la fecha prevista para su aplicación. Este plazo podrá acortarse en casos especiales si las autoridades aeronáuticas dieran su conformidad.

(3) En caso de que una Parte Contratante no manifiestare su conformidad con las tarifas que se sometan a su aprobación conforme a lo establecido en el párrafo 2 del presente Artículo, las autoridades aeronáuticas de ambas Partes Contratantes fijarán tales tarifas de común acuerdo, a cuyo efecto serán de aplicación los Artículos 14 y 15.

(4) Si no se llegare a un acuerdo conforme a lo establecido en el párrafo 3 del presente Artículo, la Parte Contratante que haya manifestado su disconformidad con respecto a una tarifa determinada podrá exigir a la otra Parte Contratante que mantenga la tarifa anteriormente vigente.

Artículo 11

Actividades comerciales

(1) Cada Parte Contratante concederá, sobre la base de la reciprocidad, a la o las empresas aéreas designadas por la otra Parte Contratante el derecho de mantener en su territorio establecimientos y personal administrativo, comercial y técnico en cuanto ello sea necesario para las finalidades de la empresa aérea designada.

(2) Cada Parte Contratante concederá, sobre la base de reciprocidad, a la o las empresas aéreas designadas por la otra Parte Contratante el derecho de realizar el despacho, para sí y para otras empresas de la otra Parte Contratante, de pasajero, equipaje y carga. Este derecho no incluye los servicios de rampa.

(3) A los efectos de la apertura de establecimientos y empleo del personal a que se refiere el párrafo 1 del presente Artículo se observarán las leyes y demás disposiciones de la Parte Contratante respectiva, incluidas las leyes y demás disposiciones en materia de entrada y permanencia de extranjeros en el territorio de la Parte Contratante respectiva. Al personal empleado en los establecimientos a que se refiere el párrafo 1 del presente Artículo se le extenderán, previa solicitud y sin demora, los correspondientes permisos de trabajo.

Artículo 12

Seguridad aérea

(1) En conformidad con sus respectivos derechos y obligaciones jurídico-internacionales las Partes Contratantes revalidan que su compromiso mutuo de salvaguardar la seguridad de la aviación civil frente a interferencias ilícitas constituye parte integrante del presente Convenio. Sin que ello signifique una restricción del carácter general de sus derechos y obligaciones jurídico-internacionales, las Partes Contratantes se atenderán especialmente al Convenio sobre las infracciones y ciertos actos cometidos a bordo de las aeronaves, firmado en Tokio el 14 de septiembre de 1963, al Convenio para la represión de la captura ilícita de aeronaves, firmado en La Haya el 16 de diciembre de 1970, y al Convenio para la represión de actos ilícitos contra la seguridad de la aviación civil, firmado en Montreal el 23 de septiembre de 1971.

(2) Previa solicitud, las Partes Contratantes se prestarán todo el apoyo necesario para impedir la captura ilícita de aeronaves civiles y otras acciones ilícitas contra la seguridad de tales aeronaves, sus pasajeros y su tripulación o de aeropuertos e instalaciones de navegación aérea, así como cualesquiera otras amenazas contra la seguridad de la aviación civil.

(3) Las Partes Contratantes actuarán en sus relaciones mutuas de conformidad con las disposiciones en materia de seguridad aérea establecidas por la Organización de Aviación Civil Internacional (OACI) y anexadas al Convenio de Aviación Civil Internacional, en la medida en que dichas disposiciones en materia de seguridad aérea sean aplicables a las Partes Contratantes; requerirán que los operadores de las aeronaves matriculadas en sus países y los operadores del sector de la navegación aérea que tengan su sede principal o su domicilio permanente en su territorio, así como los operadores de los aeropuertos situados en su territorio actúen en conformidad con dichas disposiciones en materia de seguridad aérea.

(4) Cada Parte Contratante conviene en observar las disposiciones de seguridad vigentes de la otra Parte Contratante en materia de entrada en el territorio de la misma y en adoptar medidas adecuadas para la protección de aeronaves y el control de pasajeros, tripulaciones y equipaje de mano, así como de carga y provisiones de a bordo antes y durante el embarque. Además, cada Parte Contratante examinará con benevolencia todas las solicitudes de la otra Parte Contratante orientadas a la adopción de medidas especiales de seguridad para conjurar una amenaza determinada.

(5) En caso de producirse una captura ilícita o una amenaza de captura ilícita de una aeronave o cualesquiera otros actos ilícitos o amenaza de actos ilícitos contra la seguridad de los pasajeros, tripulaciones, aeronaves, aeropuertos e instalaciones de navegación aérea, las Partes Contratantes se prestarán asistencia mutuamente facilitando las telecomunicaciones y adoptando cualesquiera otras medidas apropiadas destinadas a poner fin de modo rápido y seguro a tal incidente o amenaza.

(6) En caso de que una Parte Contratante no se atuviere a las disposiciones en materia de seguridad aérea del presente Artículo, las autoridades aeronáuticas de la otra Parte Contratante podrán recabar consultas inmediatas con las autoridades aeronáuticas de dicha Parte Contratante. Si transcurrido un mes desde la fecha de tal requerimiento no se lograre un acuerdo satisfactorio, ello constituirá motivo para denegar, revocar, limitar o condicionar la autorización de explotación de una o varias compañías aéreas de la Parte Contratante en cuestión. Si lo exigiere una emergencia, cualquier Parte Contratante podrá adoptar medidas provisionales antes de que expire el plazo de un mes.

Artículo 13

Entrada y control de los documentos de viaje

(1) A petición de una Parte Contratante, la otra Parte Contratante permitirá a las empresas aéreas que ejerciten derechos de tráfico aéreo en ambos países que adopten medidas adicionales encaminadas a asegurar que sean transportados únicamente pasajeros en posesión de los documentos necesarios a efectos de la entrada en el Estado requirente o el tránsito a través del mismo. Las medidas aplicables por las empresas aéreas han de ser aprobadas previamente por las autoridades aéreas de la Parte Contratante en cuyo territorio deban adoptarse tales medidas adicionales, en cuanto dicha Parte lo considere necesario.

(2) Cada Parte Contratante se hará cargo, a efectos de control, de las personas que hayan sido rechazadas en el lugar de destino después de haberse constatado en el mismo que no estaban autorizadas a entrar en el país, siempre y cuando dichas personas no hayan permanecido antes de su salida únicamente en tránsito directo en el territorio de la Parte Contratante en cuestión. Las Partes Contratantes no volverán a mandar a dichas personas al país en el que se haya constatado que no estaban autorizadas a entrar.

(3) Esta disposición no impedirá a las autoridades controlar ulteriormente a la persona rechazada y no autorizada a la entrada con el fin de constatar si puede ser recibida en dicho Estado, o de realizar los trámites necesarios para su traslado, alejamiento o expulsión al Estado cuya nacionalidad posea o a un Estado que pueda acogerla por otras razones. Si una persona de la cual se ha

comprobado que no está autorizada a entrar al país ha perdido o destruido sus documentos de viaje, la Parte Contratante aceptará un documento sustitutivo que haya sido expedido por las autoridades de la Parte Contratante en la cual se comprobó que esta persona no está autorizada a la entrada y en el que se confirmen las circunstancias de su salida y su llegada.

Artículo 14

Intercambio de opiniones

Siempre que sea necesario habrá un intercambio de opiniones entre las autoridades aeronáuticas de las Partes Contratantes, a fin de lograr una estrecha cooperación y entendimiento en todos los asuntos relacionados con la aplicación del presente Convenio.

Artículo 15

Consultas

Cada Parte Contratante podrá solicitar en cualquier momento la celebración de consultas con el propósito de discutir modificaciones del presente Convenio o del Cuadro de Rutas, o cuestiones de interpretación. El mismo procedimiento se seguirá para la discusión de la aplicación del presente Convenio si cualquier Parte Contratante considerare que un intercambio de opiniones de acuerdo con lo establecido en el Artículo 14 del presente Convenio no ha tenido un resultado satisfactorio. Las consultas comenzarán dentro de un plazo de dos meses contados a partir de la fecha en que la otra Parte Contratante reciba la solicitud.

Artículo 16

Solución de litigios

(1) En caso de que una discrepancia resultante de la interpretación o aplicación del presente Convenio no pudiera ser resuelta de acuerdo con lo establecido en su Artículo 15, será sometida a un tribunal de arbitraje a petición de una de las Partes Contratantes.

(2) El tribunal de arbitraje se constituirá ad hoc conforme al siguiente procedimiento: Cada uno de los Estados Contratantes designará un árbitro, y los dos árbitros así designados nombrarán de común acuerdo a un nacional de un tercer Estado como árbitro dirimente, el cual será designado por los Gobiernos de las Partes Contratantes. Los árbitros y el árbitro dirimente serán designados respectivamente en el plazo de dos y tres meses, contados desde la fecha en que una Parte Contratante haya informado a la otra de su intención de someter la discrepancia a un tribunal de arbitraje.

(3) Si no se observaren los plazos mencionados en el párrafo 2 del presente Artículo, cada Parte Contratante podrá, a falta de otro acuerdo, solicitar al presidente del Consejo de la Organización de Aviación Civil Internacional (OACI) que efectúe los nombramientos pertinentes. En caso de que el presidente sea nacional de una Parte Contratante o no pueda desempeñar su función por otras causas, el vicepresidente que le sustituya efectuará los nombramientos.

(4) El tribunal de arbitraje decidirá por mayoría de votos. Las decisiones serán obligatorias para ambas Partes Contratantes. Cada Parte Contratante sufragará los gastos de su árbitro, así como los que ocasione su representación en el procedimiento ante el tribunal de arbitraje; los gastos del árbitro dirimente y demás gastos serán sufragados a partes iguales por las dos Partes Contratantes. Por lo demás, el tribunal de arbitraje adoptará su propio reglamento.

Artículo 17

Convenios multilaterales

Si entrare en vigor cualquier convenio multilateral de transporte aéreo igualmente aceptado por ambas Partes Contratantes, pre-

valecerán las disposiciones del mismo. Todas las discusiones que tengan por objeto determinar hasta que punto las disposiciones de ese convenio multilateral invalidan, sustituye, modifican o completan el presente Convenio bilateral se registrarán por lo dispuesto en el Artículo 15 del mismo.

Artículo 18

Registro en la OACI

El presente Convenio, cualesquiera modificaciones del mismo y cualquier canje de notas de acuerdo con lo establecido en el párrafo 2 de su Artículo 2 serán comunicados a la Organización de Aviación Civil Internacional (OACI) para su registro.

Artículo 19

Ratificación, entrada en vigor, vigencia, denuncia

(1) El presente Convenio está sujeto a ratificación. El canje de los instrumentos de ratificación se efectuarán a la brevedad posible en Santo Domingo.

(2) El presente Convenio entrará en vigor un mes después del canje de los instrumentos de ratificación.

(3) El presente Convenio se concierne por tiempo indefinido. Cada Parte Contratante podrá denunciar en todo momento por escrito el presente Convenio. El Convenio expirará en el plazo de un año contado desde la fecha en que la otra Parte Contratante reciba la comunicación de la denuncia.

Hecho en Santo Domingo, el 23 de julio de 1992 en dos originales, en alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Laub

Für die Dominikanische Republik
Por la República Dominicana
Fablo Herrera Cabral

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AIR TRANSPORT AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF
GERMANY AND THE DOMINICAN REPUBLIC

CONTENTS

Preamble

Article 1. Definition of terms

Article 2. Granting of carriage rights

Article 3. Designation and authorization of service

Article 4. Revocation or restriction of the operating authorization

Article 5. Equality of treatment in the amount of charges

Article 6. Exemption from customs duties and other charges

Article 7. Sale; transfer of profits

Article 8. Basic principles of air services on fixed routes

Article 9. Transmittal of airline data and statistics

Article 10. Authorization of tariffs

Article 11. Commercial activities

Article 12. Aviation security

Article 13. Entry and examination of travel documents

Article 14. Exchange of opinions

Article 15. Consultations

Article 16. Settlement of disputes

Article 17. Multilateral agreements

Article 18. Registry with ICAO

Article 19. Ratification, entry into force, duration, denunciation

The Federal Republic of Germany and the Dominican Republic,

Being parties to the Convention on International Civil Aviation of 7 December 1944,

Desiring to conclude an Agreement on the establishment and operation of air services
between and outside their respective territories,

Have agreed as follows:

Article 1. Definition of terms

(1) For the purposes of this Agreement, unless the text otherwise stipulates:

(a) The term "aeronautical authorities" means in the case of the Federal Republic of
Germany the Minister of Transport and in the case of the Dominican Republic the Civil

Aeronautics Board, or, in both cases, any person or body authorized to perform the functions exercised by such authorities;

(b) The term "designated airline" refers to an airline that one Contracting Party has designated in writing to the other Contracting Party pursuant to article 3 of this Agreement as the airline that will operate international air services on the routes specified in accordance with article 2, paragraph 2, of this Agreement;

(2) For the purposes of this Agreement, the terms "territory", "air service", "international air service" and "stop for non-traffic purposes" have the meaning specified in articles 2 and 96 of the Convention on International Civil Aviation in accordance with the text of that Convention in force;

(3) The term "tariff" means the prices to be paid for the international carriage (that is, the transfer between points in the territories of two or more States) of passengers, baggage and cargo (excluding mail) and includes the following:

(a) Any transit tariff or amount to be paid for an international carriage that is marketed and sold as such, including the transit tariffs formed by applying other tariffs or connection tariffs for carriages on international segments or on domestic segments forming part of an international segment;

(b) Commissions to be paid in respect of tickets sold for the carriage of passengers and their baggage or in respect of measures relating to the carriage of cargo; and

(c) The conditions of applicability of the tariffs, carriage prices or payment of commissions.

The term also includes:

(d) All essential services performed in connection with carriage;

(e) Any tariff for carriages sold as a supplement to an international carriage on a domestic route that is not available for strictly domestic flights or that may not be made available under conditions of equality to all airlines and their customers in international air services.

Article 2. Granting of carriage rights

(1) Each Contracting Party shall guarantee to the other Contracting Party, for the operation of international air services by the designated airlines on the routes specified in accordance with paragraph 2, the following rights:

(a) The right to fly over its territory without landing;

(b) The right to make stops in the said territory for non-traffic purposes;

(c) The right to make stops in the said territory at fixed points on the routes specified in accordance with paragraph 2 for the purpose of taking on or putting down passengers, mail and commercial cargo.

(2) The routes on which the designated airlines of the Contracting Parties shall be authorized to operate international air services shall be specified in a Route Schedule to be agreed upon through an exchange of notes between the Governments of the Contracting Parties.

Article 3. Designation and authorization of service

(1) The international air services on the routes specified in accordance with article 2, paragraph 2, may be operated at any time, provided that:

(a) The Contracting Party to which the rights specified in article 2, paragraph 1, have been granted has designated in writing one or more airlines, and

(b) The Contracting Party which grants the rights has authorized the designated airline or airlines to initiate the air services.

(2) Subject to the conditions stipulated in paragraph 3 of this article and in article 9, the Contracting Party which grants such rights shall give the above-mentioned operating authorization for the international air services without delay.

(3) Each Contracting Party may require any airline designated by the other Contracting Party to present proof that it is qualified to fulfil the requirements established by the laws and regulations of the first-mentioned Contracting Party relating to the operation of international air services.

(4) Each Contracting Party may, by means of a written communication addressed to the other Contracting Party, replace a designated airline with another; the conditions laid down in paragraphs 1 to 3 of this article shall apply in that regard. The newly designated airline shall have the same rights and obligations as the one that it replaces.

Article 4. Revocation or restriction of the operating authorization

Each Contracting Party may revoke or, by imposing conditions, restrict the authorization granted in accordance with article 3, paragraph 2, if a designated airline fails to comply with the laws and regulations of the Contracting Party granting it these rights or with the conditions prescribed under this Agreement or the obligations resulting therefrom. Each Contracting Party shall exercise this right only after consultations in accordance with the provisions of article 15, unless immediate suspension of operation or the imposition of conditions is essential to prevent further infringement of the laws and regulations.

Article 5. Equality of treatment in the amount of charges

The charges imposed in the territory of each Contracting Party for the use of airports and other air navigation facilities by the aircraft of a designated airline of the other Contracting Party shall not be higher than those applied to the aircraft of domestic airlines in international air services of a similar character.

Article 6. Exemption from customs duties and other charges

(1) Aircraft used by the airline or airlines designated by either of the Contracting Parties which enter, depart from or fly over the territory of the other Contracting Party, the fuel, lubricants and spare parts on board, and their regular equipment and aircraft store shall be exempt from customs duties and other charges connected with the import, export or transit

of goods. The foregoing shall also apply to goods consumed on board the aircraft during flight over the territory of the other Contracting Party.

(2) The fuel, lubricants, spare parts, regular equipment and aircraft store temporarily imported into the territory of either Contracting Party for the purpose of installing or introducing them in any form into the aircraft of the airlines designated by the other Contracting Party, either immediately or after storage, or re-exporting them in another form from the territory of the first-mentioned Contracting Party, shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 of this article. Publicity material and transport documents of the airlines designated by either Contracting Party shall also be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 of this article upon import into the territory of the other Contracting Party.

(3) The fuel and lubricants introduced into the territory of either Contracting Party on board the aircraft of the airlines designated by the other Contracting Party for use in international air services shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph 1 of this article and from any special taxes on consumption.

(4) Each Contracting Party may keep the products mentioned in paragraphs 1 to 3 of this article under customs supervision.

(5) To the extent that neither customs duties nor any other charges are levied in respect of the products mentioned in paragraphs 1 to 3 of this article, the said products shall not be subject to the economic prohibitions and restrictions with regard to import, export and transit that would otherwise apply to them.

Article 7. Sale; transfer of profits

(1) Each Contracting Party shall grant to the airline or airlines designated by the other Contracting Party, on a uniform and equitable basis, the free and unrestricted right to sell air transport services in the national currency, using their own transport documents.

(2) Each Contracting Party shall guarantee to the airline or airlines designated by the other Contracting Party the free and unrestricted right to remit to their respective head offices, at any time and by any means, the profits obtained from the sale of air transport services in the territory of the other Contracting Party in any freely convertible currency at the official or applied rate of exchange.

Article 8. Basic principles of air services on fixed routes

(1) The airline or airlines designated by the two Contracting Parties shall enjoy uniform and equitable opportunities for the operation of air services on fixed routes in accordance with article 2, paragraph 2.

(2) In the operation of international air services on the routes specified in accordance with article 2, paragraph 2, the airline or airlines designated by either of the Contracting Parties shall take into consideration the interests of the airline or airlines designated by the other Contracting Party, in order to avoid unduly affecting the air services provided by the latter on the same routes or portions thereof.

(3) International air services on any of the routes specified in accordance with article 2, paragraph 2, shall have as their primary objective the provision of adequate capacity to meet the normal demand for transport to and from the territory of the Contracting Party which designated the airline. The right of the said airline to carry out transport between points on a route specified in accordance with article 2, paragraph 2, which are located in the territory of the other Contracting Party and points in third countries shall be exercised in the interest of an orderly development of international air traffic, so that such capacity is adapted to:

(a) The demand for transport to and from the territory of the Contracting Party which designated the airline;

(b) The existing demand for transport in the overflown areas, taking into account local and regional air services;

(c) The requirements for the profitable operation of air transit services.

(4) In order to ensure uniform and equitable treatment of the designated airlines, the frequency of air services, the type of aircraft used for capacity purposes and the timetables shall be submitted for the approval of the aeronautical authorities of the two Contracting Parties.

(5) Where necessary, the aeronautical authorities of the Contracting Parties shall seek to achieve satisfactory regulation of the transport capacity and frequency.

Article 9. Transmittal of airline data and statistics

(1) The designated airlines shall transmit to the aeronautical authorities of the Contracting Parties at least one month prior to the commencement of air services on the routes specified in accordance with the article 2, paragraph 2, the type of service, the type of aircraft to be used and the timetables. They shall proceed in a similar fashion in the event of any subsequent changes.

(2) The aeronautical authorities of each Contracting Party shall provide to the aeronautical authorities of the other Contracting Party, at their request, all periodical publications and other statistical data of the designated airlines that may reasonably be requested in order to monitor the capacity provided by any designated airline of the first-mentioned Contracting Party on the routes specified in accordance with article 2, paragraph 2. Such reports shall contain all data required to determine the volume, origin and destination of traffic.

Article 10. Authorization of tariffs

(1) The tariffs and respective agency commissions to be charged for fares and freight on the routes specified in accordance with article 2, paragraph 2, shall be submitted for the approval of the aeronautical authorities of the Contracting Parties. In establishing the tariffs, account shall be taken of operating costs, adequate profits and existing competitive and market conditions, as well as the interests of users.

(2) The tariffs shall be submitted for the approval of the aeronautical authorities of the Contracting Parties at least one month before the proposed date of their application. In

special cases, this period may be reduced, subject to the agreement of the aeronautical authorities.

(3) If either of the Contracting Parties expresses its disapproval of the tariffs submitted to it in accordance with paragraph 2 of this article, the aeronautical authorities of the two Contracting Parties shall determine such tariffs by mutual agreement, applying for this purpose articles 14 and 15.

(4) If agreement cannot be reached pursuant to paragraph 3 of this article, the Contracting Party expressing its disapproval of a particular tariff may request the other Contracting Party to maintain the tariff previously in force.

Article 11. Commercial activities

(1) Each Contracting Party shall grant to the airline or airlines designated by the other Contracting Party, on the basis of reciprocity, the right to maintain in its territory the offices and the administrative, commercial and technical staff necessary for the purposes of the designated airline.

(2) Each Contracting Party shall grant to the airline or airlines designated by the other Contracting Party, on the basis of reciprocity, the right to carry out the transport of passengers, equipment and cargo on its own behalf and on behalf of other airlines of the other Contracting Party. This right shall not include ramp services.

(3) In opening the offices and employing the staff referred to in paragraph 1 of this article, the laws and regulations of the respective Contracting Party shall be observed, including the laws and regulations pertaining to foreign nationals' entry into and stay in the territory of the respective Contracting Party. The necessary work permits shall be granted to staff employed in the offices referred to in paragraph 1 of this article upon request and without delay.

Article 12. Aviation security

(1) In accordance with their respective international legal rights and obligations, the Contracting Parties confirm that their mutual commitment to safeguard the security of civil aviation against unlawful interference forms an integral part of this Agreement. Without intending to restrict the general character of their international legal rights and obligations, the Contracting Parties shall, in particular, adhere to the Convention on Offences and Certain Other Acts Committed on Board Aircraft, signed at Tokyo on 14 September 1963, the Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft, signed at The Hague on 16 December 1970, and the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation, signed at Montreal on 23 September 1971.

(2) The Contracting Parties shall provide upon request all necessary assistance to each other to prevent the unlawful seizure of civil aircraft and other unlawful acts against the safety of such aircraft, their passengers and crew, airports and air navigation facilities, and any other threat to the security of civil aviation.

(3) The Contracting Parties shall, in their mutual relations, act in conformity with the aviation security Standards established by the International Civil Aviation Organization

(ICAO) and designated as Annexes to the Convention Agreement on International Civil Aviation, so far as they are applicable to the Contracting Parties; and shall require that aircraft operators registered in their countries, air navigation operators who have their principal place of business or permanent residence in their territory, and the operators of the airports in their territory, act in conformity with such aviation security provisions.

(4) Each Contracting Party agrees to observe the security provisions required by the other Contracting Party for entry into its territory, to adopt adequate measures to protect aircraft, and to screen passengers, crews and their carry-on items, as well as cargo and aircraft stores, prior to and during boarding and loading. Each Contracting Party shall also act favourably upon any request from the other Contracting Party for special security measures to meet a particular threat.

(5) When an unlawful seizure or a threat of unlawful seizure of aircraft or other unlawful acts or a threat of unlawful acts against the safety of passengers, crews, aircraft, airports or air navigation facilities occurs, the Contracting Parties shall assist each other by mutually facilitating telecommunications and other appropriate measures intended to terminate rapidly and safely such incident or threat.

(6) If either of the Contracting Parties fails to abide by the aviation security provisions referred to in this article, the aeronautical authorities of the other Contracting Party may request immediate consultations with the aeronautical authorities of the said Contracting Party. If a satisfactory agreement cannot be reached within a month following the date of such a request, this shall constitute grounds for denying, revoking, restricting or imposing conditions on the authorization to operate an airline or airlines of the Contracting Party in question. If an emergency situation so requires, either of the Contracting Parties may adopt provisional measures before the period of one month expires.

Article 13. Entry and examination of travel documents

(1) At the request of either of the Contracting Parties, the other Contracting Party may permit the airlines exercising air traffic rights in the two countries to adopt additional measures to ensure that only passengers holding the documents required for entry into or transit through the requesting State may be carried. The measures to be applied by the airlines must be approved in advance by the air authorities of the Contracting Party in whose territory such additional measures are to be adopted, so far as the said Party deems it necessary.

(2) For the purposes of examination, each Contracting Party shall be responsible for persons who have been rejected at the destination point after it has been determined there that they were not authorized to enter the country, provided that, prior to their departure, such persons have not been solely in direct transit in the territory of the Contracting Party in question. The Contracting Parties shall not send such persons back to the country which they have been determined to be unauthorized to enter.

(3) This provision shall not prevent the authorities from subsequently examining persons who have been rejected as unauthorized to enter in order to determine whether they may be admitted to the said State or to make the necessary arrangements for their transfer, removal or expulsion to their State of nationality or to a State that may accept them for other

reasons. If a person who has been shown to be unauthorized to enter the country has lost or destroyed his or her travel documents, the Contracting Party shall accept a replacement document issued by the authorities of the Contracting Party which the person was shown to be unauthorized to enter and in which the circumstances of his or her departure and arrival may be confirmed.

Article 14. Exchange of opinions

The aeronautical authorities of the Contracting Parties shall exchange opinions whenever necessary in order to achieve close cooperation and understanding in all matters relating to the implementation of this Agreement.

Article 15. Consultations

Each Contracting Party may at any time request consultations in order to discuss amendments to this Agreement or to the Route Schedule or questions concerning interpretation. The same procedure shall be followed for discussion of the implementation of this Agreement if either of the Contracting Parties believes that an exchange of opinions in accordance with article 14 of this Agreement has not had satisfactory results. The consultations shall begin within a period of two months from the date on which the other Contracting Party receives the request.

Article 16. Settlement of disputes

(1) If a dispute arising from the interpretation or application of this Agreement cannot be settled in accordance with the procedure established in article 15 hereof, it shall be submitted to an arbitration tribunal at the request of either of the Contracting Parties.

(2) The arbitration tribunal shall be established on an ad hoc basis in conformity with the following procedure. Each Contracting Party shall appoint one arbitrator, and the two arbitrators so appointed shall, by mutual agreement, designate a national of a third State, who shall be appointed as President of the tribunal by the Governments of the Contracting Parties. The arbitrators and the President shall be appointed within a period of two and three months, respectively, from the date on which either of the Contracting Parties informs the other Party of its intention to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(3) If the time limits mentioned in paragraph 2 of this article are not observed, either Contracting Party may, in the absence of another agreement, request the President of the Council of the International Civil Aviation Organization to make the necessary appointments. If the President is a national of either of the Contracting Parties or is otherwise unable to fulfil his functions, he shall be replaced by a Vice-President who shall make the appointments.

(4) The decision of the arbitration tribunal shall be taken by majority vote. The decision shall be binding on the two Contracting Parties. Each Contracting Party shall bear the costs of the arbitrator appointed by it and the costs arising from its representation in the proceeding before the arbitration tribunal; the costs of the President of the tribunal and other

costs shall be shared equally by the two Contracting Parties. Moreover, the arbitration tribunal shall establish its own procedure.

Article 17. Multilateral agreements

If a multilateral agreement on air transport agreement binding upon both Contracting Parties comes into force, its provisions shall take precedence. All discussions aimed at determining the extent to which the provisions of such a multilateral agreement invalidate, replace, amend or supplement this bilateral Agreement shall be governed by the provisions of article 15 hereof.

Article 18. Registry with ICAO

This Agreement and all amendments hereto, as well as any exchange of notes carried out under paragraph 2 of its article 2, shall be transmitted to the International Civil Aviation Organization (ICAO) for registry.

Article 19. Ratification, entry into force, duration, denunciation

(1) This Agreement shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Santo Domingo.

(2) This Agreement shall enter into force one month following the exchange of the instruments of ratification.

(3) This Agreement is concluded for an indefinite period. Either Contracting Party may denounce this Agreement in writing at any time. The Agreement shall expire within a period of one year from the date on which the other Contracting Party receives the notice of denunciation.

Done at Santo Domingo on 23 July 1992, in two original copies in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

LAUB

For the Dominican Republic:

FABIO HERRERA CABRAL

[TRANSLATION - TRADUCTION]

**ACCORD RELATIF AU TRANSPORT AÉRIEN ENTRE LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE DOMINICAINE**

TABLE DES MATIÈRES

Préambule

Article 1. Définition

Article 2. Octroi de droits

Article 3. Désignation et autorisation

Article 4. Annulation ou restriction de l'autorisation d'exploitation

Article 5. Égalité de traitement quant au montant des redevances

Article 6. Exonération de droits de douane ou autres prélèvements

Article 7. Vente. Transfert de bénéfices

Article 8. Principes fondamentaux pour l'exploitation des services sur les routes indiquées

Article 9. Fourniture de données et statistiques

Article 10. Agrément des tarifs

Article 11. Activités commerciales

Article 12. Sécurité aérienne

Article 13. Entrée des passagers et titres de voyage

Article 14. Échanges de vues

Article 15. Consultations

Article 16. Règlement des différends

Article 17. Conventions multilatérales

Article 18. Enregistrement auprès de l'OACI

Article 19. Ratification, entrée en vigueur, durée et dénonciation

La République fédérale d'Allemagne et la République dominicaine,
Étant parties à la Convention relative à l'aviation civile internationale du 7 décembre 1944,

Désireuses de conclure un accord relatif à l'établissement et à l'exploitation de services aériens entre leurs territoires respectifs et à l'extérieur desdits territoires,

Conviennent comme suit :

Article premier. Définitions

1) Aux fins du présent Accord et à moins que le contexte n'appelle une autre interprétation :

a) L'expression " autorités aéronautiques " s'entend, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, du Ministère fédéral des transports et, dans le cas de la République dominicaine, du Conseil de l'aviation civile ou, dans un cas comme dans l'autre, de toute autre personne ou organisme habilité à remplir toutes fonctions qu'exercent lesdites autorités;

b) L'expression " entreprise désignée " s'entend d'une entreprise de transport aérien que l'une ou l'autre des Parties contractantes a désignée par écrit à l'autre Partie contractante conformément à l'article 3 du présent Accord comme entreprise chargée d'exploiter les services aériens internationaux sur les routes indiquées conformément au paragraphe 2 de l'article 2 du présent Accord;

2) Les termes et expressions " territoire ", " service aérien ", " service aérien international " et " escales non commerciales " s'entendent aux fins du présent Accord avec le sens que leur attribue le texte en vigueur des articles 2 et 96 de la Convention relative à l'aviation civile internationale.

3) Le terme " tarif " s'entend des prix à payer pour le transport international (entre deux points situés dans le territoire de deux États différents ou plus) de passagers, de bagages et de fret (à l'exception du courrier) et comprend :

a) Tout tarif de transit ou montant à payer pour un transport international commercialisé et vendu comme tel, y compris les tarifs de transit formés en appliquant d'autres tarifs ou des tarifs de correspondance pour des transports sur des trajets internationaux ou des trajets intérieurs faisant partie d'un trajet international;

b) Les commissions à verser sur les billets vendus pour le transport de passagers et de leurs bagages ou sur les lettres de transport aérien établies pour le transport de fret;

c) Les conditions d'application des tarifs, prix et commissions relatifs au transport.

Il comprend aussi :

d) Toutes les prestations essentielles relatives au transport;

e) Tout tarif concernant un transport sur un trajet intérieur, vendu comme complément au transport international mais qui n'est ni disponible comme transport purement intérieur ni accessible à égalité de conditions à toutes les entreprises de transport aérien et à leurs clients en service aérien international.

Article 2. Octroi de droits

1) Chaque Partie contractante garantit à l'autre Partie contractante les droits ci-après afin que les entreprises désignées puissent exploiter des services aériens internationaux sur les routes indiquées conformément au paragraphe 2 :

a) Le droit de survoler son territoire sans y atterrir;

b) Le droit de faire escale dans ledit territoire à des fins non commerciales;

c) Le droit de faire escale en des points de son territoire situés sur les routes indiquées conformément au paragraphe 2 afin d'embarquer et de débarquer des passagers, des bagages, du courrier et du fret à des fins commerciales.

2) Les routes sur lesquelles les entreprises désignées des Parties contractantes sont autorisées à exploiter des services aériens internationaux sont indiquées dans le tableau des routes convenu par échange de notes entre les gouvernements des Parties contractantes.

Article 3. Désignation et autorisation

1) L'exploitation des services aériens internationaux sur les routes indiquées conformément au paragraphe 2 peut commencer à tout moment à condition que :

a) La Partie contractante à qui ont été octroyés les droits visés au paragraphe 1 de l'article 2 ait désigné par écrit une ou plusieurs entreprises de transport aérien; et que

b) La Partie contractante qui octroie ces droits ait autorisé la ou les entreprises désignées à commencer à exploiter les services aériens.

2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article et de l'article 9, la Partie contractante qui accorde lesdits droits donne sans délai à l'entreprise concernée l'autorisation d'exploiter le service aérien international.

3) Chaque Partie contractante peut exiger de toute entreprise désignée de l'autre Partie contractante la preuve qu'elle est en mesure de respecter les conditions prescrites par les lois et autres dispositions de la première Partie contractante en matière de trafic aérien international.

4) Chaque Partie contractante peut, moyennant notification écrite adressée à l'autre Partie contractante, remplacer une entreprise désignée par une autre en respectant pour ce faire les conditions établies aux paragraphes 1 à 3 du présent article, la nouvelle entreprise désignée ayant alors les mêmes obligations que celle qu'elle remplace.

Article 4. Annulation ou restriction de l'autorisation d'exploitation

Chaque Partie contractante peut annuler l'autorisation accordée conformément au paragraphe 2 de l'article 3 ou imposer des conditions plus strictes à son exercice, si une entreprise désignée ne respecte pas les lois ou autres dispositions de la Partie contractante qui lui a accordé les droits, ou les dispositions du présent Accord, ou les obligations qui en découlent. Chaque Partie contractante n'exerce ce droit qu'après les consultations prévues à l'article 15, à moins qu'il ne soit nécessaire de procéder à la suspension immédiate du ser-

vice ou de fixer immédiatement des conditions visant à éviter des infractions ultérieures aux lois et autres dispositions.

Article 5. Égalité de traitement quant au montant des redevances

Les redevances imposées dans le territoire de chaque Partie contractante au titre de l'usage des aéroports et autres installations de navigation aérienne par les aéronefs d'une entreprise désignée de l'autre Partie contractante ne peuvent être plus élevées que celles qui sont imposées aux aéronefs des entreprises nationales dans l'exploitation de services aériens internationaux de nature similaire.

Article 6. Exonération de droits de douane ou autres prélèvements

1) Les aéronefs qui sont exploités par les entreprises désignées d'une Partie contractante et qui pénètrent dans le territoire de l'autre Partie contractante, qui en sortent ou qui survolent, de même que les carburants, lubrifiants et pièces de rechange qui se trouvent à bord, ainsi que les équipements normaux et les provisions de bord, sont exonérés de droits de douane et autres prélèvements relatifs à l'entrée, à la sortie ou au transit des marchandises. Ces dispositions s'appliquent aussi aux marchandises qui se trouvent à bord des aéronefs et qui sont consommées pendant le survol du territoire de l'autre Partie contractante.

2) Les carburants, lubrifiants, pièces de rechange, équipements normaux et provisions de bord qui sont importés temporairement dans le territoire d'une Partie contractante afin d'être installés ou autrement introduits à bord des aéronefs des entreprises désignées de l'autre Partie contractante, soit immédiatement soit après entreposage, ou afin d'être réexportés d'autre façon du territoire de la première Partie contractante, sont exonérés des droits de douane et autres prélèvements mentionnés au paragraphe 1 du présent article. Le matériel publicitaire et les titres de transport des entreprises désignées d'une Partie contractante sont aussi exonérés des droits de douane et autres prélèvements mentionnés au paragraphe 1 du présent article lorsqu'ils sont importés dans le territoire de l'autre Partie contractante.

3) Les carburants et lubrifiants qui sont introduits dans le territoire d'une Partie contractante à bord des aéronefs des entreprises désignées de l'autre Partie contractante et qui sont employés pour les services aériens internationaux sont exonérés des droits de douane et autres prélèvements mentionnés au paragraphe 1 du présent article ainsi que d'éventuels impôts de consommation.

4) Chaque Partie contractante peut placer sous surveillance douanière les produits mentionnés aux paragraphes 1 à 3 du présent article.

5) N'étant assujettis à aucun droit de douane ou autre prélèvement, les produits visés aux paragraphes 1 à 3 du présent article sont exempts d'interdictions et restrictions économiques en matière d'importation, d'exportation et de transit auxquelles ils seraient autrement sujets.

Article 7. Vente. Transfert de bénéfices

1) Chaque Partie contractante accorde de façon uniforme et équitable à l'entreprise ou aux entreprises désignées de l'autre partie contractante le droit de vendre librement et sans restriction, en monnaie nationale, les services de transport aériens en employant ses propres titres de transport.

2) Chaque Partie contractante garantit à l'entreprise ou aux entreprises désignées de l'autre Partie contractante le droit de transférer à leur siège social respectif, à tout moment et par quelque moyen que ce soit, librement et sans restriction, en toute monnaie librement convertible au taux de change officiel ou applicable, les bénéfices réalisés dans le territoire de l'autre partie sur la vente de services de transport aérien,

Article 8. Principes fondamentaux pour l'exploitation des services sur les routes indiquées

1) L'entreprise ou les entreprises désignées des deux Parties contractantes bénéficient de possibilités égales et équitables pour l'exploitation des services aériens sur les routes indiquées conformément au paragraphe 2 de l'article 2.

2) Dans l'exploitation des services aériens internationaux sur les routes indiquées conformément au paragraphe 2 de l'article 2, les entreprises désignées de chacune des Parties contractantes doivent prendre en considération les intérêts des entreprises désignées de l'autre Partie contractante de manière à ne pas porter indûment préjudice aux services que ces dernières assurent sur tout ou partie des mêmes routes.

3) Les services aériens internationaux exploités sur l'une ou l'autre des routes indiquées conformément au paragraphe 2 de l'article 2 ont pour but principal de fournir une capacité correspondant à la demande prévisible de transport en provenance ou destination du territoire de la Partie contractante qui a désigné l'entreprise. Le droit de ladite entreprise d'assurer des transports entre les points qui sont situés dans le territoire de l'autre Partie contractante sur une route indiquée conformément au paragraphe 2 de l'article 2 et des points situés dans des pays tiers doit s'exercer dans l'intérêt du développement harmonieux du trafic aérien international, de manière que cette capacité doit être adaptée :

a) À la demande de transport à destination ou en provenance du territoire de la Partie contractante qui a désigné l'entreprise;

b) À la demande de transport existant dans les zones survolées, compte tenu des services de transport aérien locaux et régionaux;

c) Aux exigences de l'exploitation rentable des services aériens de transit.

4) Afin d'assurer un traitement égal et équitable aux entreprises désignées, la fréquence des services aériens, les types d'aéronefs utilisables pour la capacité voulue et les horaires sont sujets à l'approbation des autorités aéronautiques des deux Parties contractantes.

5) En cas de besoin, les autorités aéronautiques des Parties contractantes peuvent mettre en place une régulation satisfaisante de la capacité de transport et de la fréquence des vols.

Article 9. Fourniture de données et statistiques

1) Les entreprises désignées communiquent aux autorités aéronautiques des Parties contractantes, au moins un mois avant le démarrage des services sur les routes indiquées conformément au paragraphe 2 de l'article 2, les catégories de services, les types d'aéronefs qui seront employés et les horaires. Il en est de même en cas de modification ultérieure.

2) Les autorités aéronautiques de chaque Partie contractante fournissent à celle de l'autre Partie contractante, à la demande de ces dernières, des relevés statistiques périodiques ou autres dont celles-ci ont raisonnablement besoin pour s'informer de la capacité offerte pour les services convenus par toute entreprise désignée de la première Partie contractante sur les routes indiquées conformément au paragraphe 2 de l'article 2. Ces relevés contiennent tous les renseignements voulus pour permettre de déterminer le volume, la provenance et la destination du trafic.

Article 10. Agrément des tarifs

1) Les tarifs demandés pour le transport de passagers et de fret sur les routes indiquées conformément au paragraphe 2 de l'article 2, ainsi que et le montant des commissions correspondantes payées aux agences sont assujettis à l'agrément des autorités aéronautiques des Parties contractantes. Les tarifs sont fixés en tenant compte des coûts de l'exploitation, d'un bénéfice raisonnable et de la situation de la concurrence et du marché, ainsi que des intérêts des usagers.

2) Les tarifs doivent être présentés à l'agrément des autorités aéronautiques des Parties contractantes au moins un mois avant la date prévue pour leur entrée en vigueur ou dans un délai plus bref dont peuvent convenir les autorités aéronautiques dans des cas particuliers.

3) Si une Partie contractante rejette les tarifs présentés à son agrément comme en dispose le paragraphe 2 du présent article, les autorités aéronautiques des deux Parties contractantes fixent les tarifs d'un commun accord conformément aux dispositions des articles 14 et 15.

4) S'il n'est pas possible de parvenir à un accord conformément aux dispositions du paragraphe 3 du présent article, la Partie contractante qui a rejeté le tarif peut exiger de l'autre Partie contractante que le tarif antérieur soit maintenu en vigueur.

Article 11. Activités commerciales

1) Chacune des Parties contractantes accorde à l'entreprise ou aux entreprises désignées de l'autre Partie contractante, sur la base de la réciprocité, le droit d'avoir sur le territoire de la première Partie contractante les établissements et le personnel administratif, commercial et technique nécessaires aux fins de l'entreprise désignée.

2) Chacune des Parties contractantes accorde à l'entreprise ou aux entreprises désignées de l'autre Partie contractante, sur la base de la réciprocité, le droit de fournir, pour son compte et pour celui d'autres entreprises de l'autre Partie contractante, les services d'escale relatifs aux passagers, aux bagages et au fret. Ce droit ne s'étend pas aux services de piste.

3) S'agissant de l'ouverture des établissements et de l'emploi du personnel dont il est question au paragraphe 1 du présent article, il y a lieu de respecter les lois et autres dispositions de chacune des Parties contractantes, notamment les lois et autres dispositions relatives à l'entrée et au séjour des étrangers dans le territoire de chacune des Parties contractantes. Les permis de travail nécessaires doivent être délivrés sur demande et sans délai au personnel employé dans les établissements dont il est question au paragraphe 1 du présent article.

Article 12. Sécurité aérienne

1) Conformément à ses droits et obligations juridiques internationales, chaque Partie contractante réaffirme que l'obligation qu'elle a envers l'autre Partie contractante de protéger la sécurité de l'aviation civile contre tout acte illicite fait partie intégrante du présent Accord. Sans restreindre la portée générale de ses droits et obligations juridiques internationales, chaque Partie contractante se conforme en particulier aux dispositions de la Convention relative aux infractions et à certains autres actes survenant à bord des aéronefs, signée à Tokyo le 14 septembre 1963, de la Convention pour la répression de la capture illicite d'aéronefs, signée à La Haye le 1er décembre 1970, et de la Convention pour la répression d'actes illicites dirigés contre la sécurité de l'aviation civile, signée à Montréal le 23 septembre 1971.

2) Chaque Partie contractante prête à l'autre, sur sa demande, toute l'aide nécessaire pour prévenir la capture illicite d'aéronefs civils et les autres actes illicites portant atteinte à la sécurité desdits aéronefs, de leurs passagers et de leurs équipages, comme des aéroports et des installations de navigation aérienne, ainsi que toute autre menace contre la sécurité de l'aviation civile.

3) Dans leurs relations mutuelles, les Parties contractantes se conforment aux dispositions applicables en matière de sécurité aérienne arrêtées par l'Organisation de l'aviation civile internationale (OACI), qui figurent en annexe à la Convention relative à l'aviation civile internationale; chaque Partie contractante exige des exploitants d'aéronefs immatriculés sous son pavillon, des exploitants d'aéronefs dont l'établissement commercial principal ou le domicile est situé dans son territoire, ainsi que des exploitants d'aéroports situés dans son territoire, qu'ils se conforment auxdites dispositions relatives à la sécurité aérienne.

4) Chaque Partie contractante est convenue de respecter les mesures de sécurité imposées par l'autre Partie contractante pour l'entrée ou le séjour dans son territoire et de prendre des mesures adéquates pour protéger les aéronefs et inspecter les passagers, les équipages et les bagages à main, ainsi que le fret et les provisions de bord des aéronefs, avant et pendant l'embarquement ou le chargement. Chaque Partie contractante accueille également avec bienveillance toute demande que peut lui adresser l'autre Partie contractante en vue de prendre des mesures de sécurité spéciales raisonnables en cas de menace particulière.

5) En cas d'incident ou de menace d'incident tendant à la capture illicite d'un aéronef ou d'autres actes illicites à l'encontre de la sécurité d'un aéronef, de ses passagers et de son équipage, ou de la sécurité d'un aéroport ou d'installations de navigation aérienne, chacune

des Parties contractantes apporte son aide à l'autre Partie contractante en facilitant les communications et en prenant les autres mesures appropriées en vue de mettre fin rapidement et sans danger à cet incident ou menace d'incident.

6) Lorsqu'une Partie contractante n'observe pas les dispositions du présent article en matière de sécurité aérienne, les autorités aéronautiques de l'autre Partie contractante peuvent demander la tenue immédiate de consultations avec les autorités aéronautiques de la première Partie contractante. Faute de parvenir à un accord satisfaisant dans un délai d'un mois à compter de la date de la demande, l'autorisation d'exploitation d'une ou de plusieurs entreprises de transport aérien de cette autre Partie contractante peut être refusée, annulée, limitée ou soumise à conditions. En cas d'urgence, l'une ou l'autre des Parties contractantes peut prendre des mesures provisoires avant l'expiration du délai d'un mois.

Article 13. Entrée des passagers et titres de voyage

1) À la demande de l'une des Parties contractantes, l'autre Partie contractante autorise les entreprises de transport aérien qui exercent des droits de trafic aérien dans les deux pays à prendre des mesures supplémentaires visant à assurer que soient transportés uniquement les passagers qui sont en possession des pièces nécessaires à leur entrée ou transit dans le territoire de l'État requérant. Les mesures prises par les entreprises de transport aérien doivent avoir été agréées au préalable par les autorités aéronautiques de la Partie contractante dans le territoire de laquelle doivent être prises lesdites mesures supplémentaires, si cette Partie contractante le juge nécessaire.

2) Chaque Partie contractante doit accepter pour examen toute personne qui, une fois arrivée à destination, est refoulée après qu'il soit constaté qu'elle n'est pas autorisée à entrer dans le territoire de l'autre Partie contractante, sous réserve qu'avant son départ cette personne ait séjourné dans le territoire de première Partie contractante autrement qu'en transit. La première Partie contractante ne peut renvoyer ladite personne, après examen, à destination du pays où il a été constaté qu'elle n'est pas autorisée à entrer.

3) La présente disposition n'empêche pas les autorités d'examiner ultérieurement la personne refoulée faute d'être autorisée à entrer afin de constater si elle peut ou non être admise dans ledit État, ni d'accomplir les formalités nécessaires à son transport ou expulsion vers l'État dont cette personne a la nationalité ou vers un État qui peut l'accueillir pour d'autres motifs. Si une personne dont il est constaté qu'elle n'est pas autorisée à entrer a perdu ou détruit ses titres de voyage, la Partie contractante doit accepter le titre de voyage provisoire délivré par les autorités de la Partie contractante dans le territoire de laquelle il a été constaté que cette personne n'est pas autorisée à entrer, lequel titre atteste des circonstances de son départ et de son arrivée.

Article 14. Échanges de vues

Les autorités aéronautiques des Parties contractantes procèdent aux échanges de vues nécessaires à une étroite coopération et entente concernant toute question relative à la mise en oeuvre du présent Accord.

Article 15. Consultations

Chaque Partie contractante peut à tout moment demander des consultations concernant la modification du présent Accord ou du tableau des routes, ou touchant à des questions d'interprétation. Il y a lieu de suivre la même procédure pour examiner l'application du présent Accord au cas où l'une ou l'autre des Parties contractantes estime que l'échange de vues prévu à l'article 14 du présent Accord n'a pas donné de résultat satisfaisant. Ces consultations commencent dans un délai de deux mois à compter de la date à laquelle l'autre Partie contractante a reçu la demande.

Article 16. Règlement des différends

1) Tout différend concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord, qui ne peut être réglé en application des dispositions de l'article 15, est soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une ou l'autre des Parties contractantes.

2) Le tribunal arbitral est constitué comme suit en chaque espèce : chacun des États contractants désigne un arbitre; les deux arbitres ainsi désignés nomment d'un commun accord un ressortissant d'un État tiers comme surarbitre, lequel est désigné par le gouvernement des Parties contractantes. Les arbitres et le surarbitre sont désignés respectivement dans un délai de deux et trois mois à compter de la date à laquelle l'une des Parties contractantes a notifié à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

3) Si les arbitres ne sont pas désignés dans les délais prescrits au paragraphe 2 du présent article, chacune des Parties contractante peut, faute d'accord, prier le Président du Conseil de l'Organisation de l'aviation civile internationale (OACI) de procéder aux désignations nécessaires. Si le Président du Conseil de l'Organisation de l'aviation civile internationale estime être ressortissant d'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour d'autres raisons, les nominations sont faites par le Vice-Président qui le remplace.

4) Le tribunal se prononce à la majorité des voix. Sa sentence a force obligatoire pour les deux Parties contractantes. Chaque Partie contractante prend en charge les frais de l'arbitre qu'elle désigne, ainsi que les frais afférents à sa représentation devant le tribunal; les frais du surarbitre et les autres dépenses sont pris en charge à parts égales par les deux Parties contractantes. Pour le reste, le tribunal arbitral adopte son propre règlement.

Article 17. Conventions multilatérales

Si une convention multilatérale générale relative au transport aérien entre en vigueur à l'égard des deux Parties contractantes, ses dispositions l'emportent. Toutes les consultations visant à déterminer la mesure dans laquelle les dispositions du présent Accord bilatéral sont invalidées, remplacées, modifiée ou complétées par cette convention multilatérale sont régies par les dispositions de l'article 15 du présent Accord.

Article 18. Enregistrement auprès de l'OACI

Le présent Accord et tous les amendements qui peuvent y être apportés, ainsi que les échanges de notes en application des dispositions du paragraphe 2 de l'article 2, doivent être notifiés à l'Organisation de l'aviation civile internationale (OACI) pour enregistrement.

Article 19. Ratification, entrée en vigueur, durée et dénonciation

1) Le présent Accord est sujet à ratification. L'échange des instruments de ratification doit avoir lieu dans les plus brefs délais à Saint Domingue.

2) Le présent Accord entre en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification.

3) Le présent Accord a une durée indéfinie. Chacune des Parties contractantes peut le dénoncer par écrit à tout moment. Il cesse alors de déployer ses effets à l'expiration d'un délai d'un an à compter de la date à laquelle l'autre Partie contractante a reçu communication de la dénonciation.

Fait à Saint Domingue le 23 juillet 1992, en deux exemplaires originaux, en allemand et en espagnol, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

LAUB

Pour la République dominicaine :

FABIO HERRERA CABRAL